

i Hannover hat gewählt – Die wichtigsten Ergebnisse der Kommunalwahlen 2011

- Der Trend einer immer weiter rückläufigen Wahlbeteiligung setzte sich trotz verbreiteter Befürchtungen im Vorfeld der Kommunalwahl 2011 nicht fort. An der Wahl der Regionsversammlung beteiligten sich 49,1 Prozent der Wahlberechtigten, ein Zuwachs von 2,1 Prozentpunkten. Dies zeigte sich sowohl in der Landeshauptstadt Hannover als auch in den Umlandgemeinden. Mit dem leichten Anstieg der Wahlbeteiligung hatte im Vorfeld kaum jemand gerechnet, da die öffentlich eher bekannten Personen, wie der Oberbürgermeister und der Regionspräsident, dieses Mal als „Zugpferde“ nicht zur Wahl standen.
- Fortgesetzt haben sich bei den Kommunalwahlen 2011 hingegen die Verluste der beiden ehemals großen Volksparteien: Die SPD verlor nach 2006 erneut (Regionswahl: -2,7 Prozent, Ratswahl: -4,6 Prozent), die CDU noch stärker (Regionswahl: -4,2 Prozent, Ratswahl: -5,6%). Die SPD blieb mit 36,4 Prozent stärkste Kraft in der Region, gefolgt von der CDU mit 31 Prozent. Auffällig ist, dass die CDU in der Landeshauptstadt mit nur 25,3 Prozent deutlich schwächer abschneidet.
- Noch größere Verluste musste die FDP hinnehmen, die gegenüber 2006 mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils verlor (Regionswahl: Von 7,1 auf 3,0 Prozent; Ratswahl: Von 6,6 auf 2,8 Prozent).
- Die GRÜNEN sind die einzigen wirklichen Gewinner der Kommunalwahlen 2011. Regionsweit verdoppelten sie ihren Stimmenanteil annähernd von 10,9 Prozent (2006) auf 19 Prozent, im Rat steigerten sie ihn von 13,6 auf 21,4 Prozent. Sie wurden in der Landeshauptstadt erstmals in ihren eigenen Hochburgen die stärkste Partei und auch in den Hochburgen aller anderen Parteien gewannen sie stark hinzu.
- Bei GRÜNEN wie FDP hat sich die bundespolitische Stimmungslage stark durchgesetzt. Allein mit kommunalpolitischen Einflüssen sind die starken Gewinne bzw. Verluste auf breiter Front nicht zu erklären.
- Die LINKEN stagnierten mit Ihrem Ergebnis in der Region wie im Rat auf niedrigem Niveau.
- Der starke Zuwachs der sonstigen Parteien ist insbesondere auf Stimmen für die erstmals angetretenen Parteien die PIRATEN und die HANNOVERANER, die aus dem Stand 3,5 bzw. 3,2 Prozent bei der Ratswahl erzielten.
- SPD und CDU verloren in der Landeshauptstadt Hannover besonders stark in den Gebieten, in denen sie traditionell überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten. Die SPD verlor besonders in den Hochburgen der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD, sowie in den Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung. Die CDU verlor besonders in den

Hochburgen von FDP, CDU und in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung. Die FDP musste insgesamt herbe Verluste hinnehmen. Der in der Öffentlichkeit diskutierte Aufschwung der SPD konnte bei diesen Wahlen in der Region Hannover nicht bestätigt werden.

- GRÜNE, LINKE und die PIRATEN-Partei konkurrieren alle um die jungen, modernen Trendsetter („Hedonisten“). Die GRÜNEN haben daneben aber ihre Basis dauerhaft auf gehobene Milieus („Postmaterielles Milieu“) ausgedehnt. Die LINKEN oszillieren zwischen ehemaligen SPD-Wählern und den jungen Großstadtmilieus.
- Obwohl die Wahlbeteiligung im Umland der Landeshauptstadt insgesamt leicht anstieg, konnten die ehemals großen Volksparteien SPD und CDU daraus keinen Profit schlagen, sondern mussten beide Verluste hinnehmen. Die FDP ist in den Umlandkommunen, in denen sie zuvor stark war, regelrecht eingebrochen. Von den Stimmenverlusten profitierten vor allem die GRÜNEN, denen es erstmals gelang in allen Städten und Gemeinden zweistellige Ergebnisse zu erzielen. Insbesondere in den Kernstädten und zentralen und verdichteten Ortsteilen im funktionalen Verflechtungsraum der Landeshauptstadt konnten die HANNOVERANER und die PIRATEN punkten.
- In Burgwedel, Burgdorf, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Sehnde und Springe fanden zugleich mit den Wahlen der Regionsversammlung und den jeweiligen Stadt- und Gemeinderäten Bürgermeisterwahlen statt. Mit Ausnahme von Neustadt am Rübenberge waren hier auch die höchsten Zuwächse in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. In den übrigen Städten und Gemeinden des Umlandes dauert die achtjährige Amtszeit der 2006 direkt gewählten Bürgermeister noch bis 2014 an. Nach Änderung des Kommunalwahlrechts entfallen erstmals die Stichwahlen.

ii Der Kommunalwahlkampf 2011 – wieder weniger Wahlbeteiligung?

Zum 18. Mal seit dem zweiten Weltkrieg fanden Kommunalwahlen in der Stadt Hannover und den regionsangehörigen Umlandgemeinden statt. Wegen Änderungen des Wahlrechts wurden jedoch diesmal nicht gleichzeitig der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt und der Regionspräsident gewählt. Lediglich in den Städten Burgdorf, Burgwedel, Lehrte, Neustadt am Rübenberge, Sehnde und Springe wurden gleichzeitig Bürgermeisterwahlen abgehalten. Insofern fehlte in diesem Wahlkampf ein wichtiges Element der Personalisierung von Politik und der Dramaturgie des Wahlkampfes. In der HAZ vom 20.08. wird diese Gesetzesänderung mit Blick auf ein weiter abnehmendes Interesse an der Wahl als „Bärendienst der Landespolitik für die Kommunalpolitik“ bewertet.

Der Wahlkampf startete Mitte August schleppend aus der Sommerpause heraus und auch im weiteren Verlauf wurde er in den Medien als „vielerorts müde“ (HAZ, 20.08.) oder „auf kleiner Flamme“ (HAZ, 27.08.) charakterisiert. Die SPD hatte vor dem Hintergrund einer recht ordentlichen Regierungsbilanz (vgl. HAZ vom 22.08.: „Es ist schon vieles umgesetzt) schon im Mai ihr Wahlprogramm „Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen“ mit den Schwerpunkten Krippenplätze, Ganztagsbetreuung und Integration festgelegt. Die CDU versuchte mit bürgernäheren Themen wie Sicherheit, Sauberkeit, „Grüne Welle“ und Senkung der Gewerbesteuer die SPD zu attackieren. Die GRÜNEN, aufgrund des bundesweiten Hochs der Partei in Erwartung deutlicher Stimmenzuwächse, besetzten ihre überregionalen Themen Ganztags-Kinderbetreuung, Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, Klimaschutz, Frauenförderung und BürgerInnenbeteiligung. Die FDP griff das Thema Verschuldung auf und setzte sich für die Privatisierung von städtischen Aufgaben, eine bessere Wirtschaftsförderung, Einführung von Oberschulen und die Abschaffung der Umweltzone ein. Da die Versprechungen eher allgemein (z.B. Verbesserung der frühkindlichen Bildung/der Kinderbetreuung, die alle Parteien anstreben) oder „Klein-Klein“ waren, konnte sich an ihnen kaum ein Wahlkampf entzünden. Das Fehlen der Spitzenkandidaten versuchten vor allem die SPD und die CDU zu kompensieren, indem im Fall der SPD der Oberbürgermeister als Wahlbürger plakatiert wurde und die CDU prominente Landespolitiker wie Aygul Özkan als Unterstützer einsetzte.

Insofern dominierte die befürchtete hohe Wahlenthaltung die Vorwahl-Diskussionen. Erwartet wurde ein weiteres Abnehmen der Wahlbeteiligung gegenüber der Wahl 2006, bei der nur 42,8 Prozent (Rat der Landeshauptstadt Hannover) bzw. 47,0 Prozent (Regionsversammlung) der Wahlberechtigten teilnahmen. Seit den 1980er Jahren hat das Interesse an der Kommunalwahl

in Niedersachsen beständig abgenommen. Ab dem 20.08. nahm das Thema in den Medien großen Raum ein, die Stadt startete erstmals eine überparteiliche Kampagne mit Prominenten und Vereinen, um die BürgerInnen zur Kommunalwahl zu bewegen. Das ausgegebene Ziel der Initiative, eine Beteiligung von 40 Prozent für die Ratswahl zu erreichen (vgl. HAZ vom 22.08.), machte die Dramatik der Situation deutlich. Eine landesweite Befragung des NDR Ende August rechnete hoch, dass die Wahlbeteiligung niedersachsenweit um weitere zwei Prozentpunkte sinken dürfte: Überwiegender Grund war Desinteresse, weniger Enttäuschung über die Politik, vor fünf Jahren war es umgekehrt. Der ARD-Wahlexperte Jörg Schönenborn sieht die tieferen Ursachen für diese Entwicklung darin, dass auch die Kommunalpolitik „hinter der Lebenssituation der Bürger hinterherhinkt“ und die Probleme der BürgerInnen häufig nicht konsequent angehen und nur unzureichend lösen (vgl. Neue Presse vom 20.08.).

Selbst der CDU-Oppositionsführer im hannoverschen Rat konstatierte, dass es „so wenig Wechselstimmung wie zurzeit lange nicht gegeben habe“ (ndr.de vom 26.08.). Insofern sprach vieles für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalitionen im Rat und in der Regionsversammlung. Die Frage war, ob sich dabei das langfristige Schrumpfen der beiden großen Parteien SPD (Rat 2001: 42,9 Prozent, 2006: 41,0 Prozent) und CDU (Rat 2001: 33,2 Prozent, 2006: 30,8 Prozent) weiter fortsetzen würde und um wie viel die GRÜNEN weiter wachsen würden (Rat 2001: 11,5 Prozent, 2006: 13,6 Prozent). Die Zielmarke der SPD für den Rat lag bei 40 Prozent. Die FDP wollte ihr 2006 erzielttes Ergebnis (6,6 Prozent) zumindest halten. Die bundespolitische Stimmung für die Parteien, die, je weniger die kommunalen Themen „ziehen“, umso größeren Einfluss auf die kommunale Wahlentscheidung ausübt, wurde Ende August ebenfalls in der o.g. NDR-Umfrage erhoben: Demnach lag die CDU (36 Prozent) niedersachsenweit nur noch leicht vor der SPD (34 Prozent). Bei den GRÜNEN war, verglichen mit der Bundestagswahl 2009, ein großer Wählerzuwachs (derzeit 17 Prozent), bei der FDP ein dramatischer Verlust (derzeit 5 Prozent) zu verzeichnen.

Die beiden zentralen Fragen vor der Wahl waren: Gelingt es, den Trend zur Wahlenthaltung zu stoppen und wie stark können die GRÜNEN an Bedeutung in Stadt und Region Hannover zulegen? Interessant war, wie die erstmals bei den Kommunalwahlen antretende PIRATEN-Partei in den großstädtischen Milieus in Hannover ankommen würde.